

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktorium: Nachrichten-Bureau
Verwaltung: Nachrichten-Bureau
Korrespondenten: Nachrichten-Bureau
Redaktion: Nachrichten-Bureau

Verlagsbetriebe bei täglich zweimaliger Ausgabe monatlich 8.20 RM. (Inhaltsverzeichnis 10 Pf. für Träger
Leben, durch Werbung 2.20 RM. einschließlich 10 Pf. Werbertrag) (Inhaltsverzeichnis 10 Pf. für Träger
Leben, durch Werbung 2.20 RM. einschließlich 10 Pf. Werbertrag) (Inhaltsverzeichnis 10 Pf. für Träger
Leben, durch Werbung 2.20 RM. einschließlich 10 Pf. Werbertrag)

Verlag u. Druck: Müller & Meißner,
Dresden, Reichsstr. 106-107
Redaktion: Reichsstr. 106-107
Druck: Reichsstr. 106-107

Abrüstung in Etappen vorge schlagen

Bedenkliche Rede Radolnys in Genf

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatler

Genf, 18. April. Die Abrüstungskonferenz, oder vielmehr ihr Hauptanstoß, trat heute von neuem in eine Generalausfrage über die Grundelemente der Abrüstungsfrage ein. Deutschland war — was im Publikum eine gewisse Enttäuschung hervorrief — noch nicht durch den Kanzler, sondern wieder durch den holländischen Delegierten, Staatsrat Radolny, vertreten. — Auch Stimson, der leicht erkrankt ist, war nicht anwesend, sondern überließ Wilson die Vertretung. Für Italien nahm Grandi, für England Simon teil.

In seiner Eröffnungssprache wies Henderson darauf hin, daß man sich nun einmal darüber schlüssig werden müsse, ob die Abrüstungsfrage — oder vielmehr die Abrüstung — durch ein einziges Abkommen oder in Etappen, bzw. nach welchen Methoden, erfolgen solle. Dann erhielt Radolny das Wort. Er las eine kurze französische Rede ab, die noch einmal einige Deutschland besonders am Herzen liegende Punkte unterstrich. Deutschland könne sich nicht mit einer Stabilisierung der Rüstungen abfinden, die aus dem Artikel 8 des Vatives widersprechen würde.

Es müsse auf einem entscheidenden Schritt und auf einer wesentlichen Rüstungsvermindering bestehen.

Niemand könne die Verantwortung übernehmen, das zu verhindern. Nur so sei auch eine weitere Entspannung und eine finanzielle Erleichterung denkbar. Wenn man in Etappen vorgehen wolle, so müsse schon die erste Etappe sehr beträchtlich sein. Natürlich dürfe die Abrüstungsvermindering nicht einfach mechanisch sein, da einige Staaten ihre Rüstungen schon weiter herabgesetzt hätten, als Artikel 8 vorsehe. Deutschland verlange ein in dividuelles Vorgehen, das allen Verhältnissen Rechnung trage.

Die deutsche Abrüstung zeige, wie schnell und wie weitgehend ein Land entwaffnen könne. Sie gebe ein Beispiel für alle.

In wenigen Jahren habe Deutschland sein ganzes militärisches System umgewandelt, habe seine Armee auf ein Viertel, seine Flotte auf ein Sechstel verringert, habe enorme Mengen von Kriegsmaterial zerstört, darunter allein 15 700 Flugzeuge. Bei erstem Willen müsse Technisches auch in anderen Ländern möglich sein.

Radolny las heute dann nochmals den deutschen Standpunkt dazu zusammen: Man müsse den Gedanken einer einfachen Abrüstungsvermindering fallen lassen und statt dessen mit Energie an die Herabsetzung der Rüstungen auf einen möglichst niedrigen Stand herangehen. Die Durchführung dieses Grundabkommens müßte dann in schrittweisen, möglichst weit aufeinanderfolgenden Etappen vor sich gehen.

Die Rede enthielt wesentliche und richtige Teile des selbstverständlichen deutschen Standpunktes. Man vermißt nur jede Erwähnung des Grundgedankes der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit und der Ausräumung der Unhaltbarkeit eines Zustandes völliger Schuldlosigkeit für einzelne Länder, überhaupt eine Betonung der moralischen und psychologischen Grundlage unserer Forderungen.

Au das müßte in jeder deutschen Rede wenigstens angedeutet, auch wenn es noch nicht auf der Tagesordnung steht. Schließlich müßte auch die doch allzu leichte und vorbehaltlose Zustimmung Radolnys zu einer Abrüstungsvermindering in Etappen erstaunen, die für Deutschland deshalb sehr bedenklich wäre, weil sie natürlich jeder schon vorzüglichen Erklärung und jeder klugen Erklärung für den deutschen Standpunkt eine gewisse Schwärze verleihen würde — so hätte Deutschland bei der gemachten Spanne der Machtverhältnisse weitere lange Jahre fast völliger Schuldlosigkeit vor sich.

Wir müssen das große Ziel: denkbar schnellste Herbeiführung gleicher Sicherheit für alle Staaten, immer wieder in den Vordergrund stellen und dürfen uns davon nicht abdrängen lassen.

Daß man im gegenwärtigen Lager gerade die Vorteile der Abrüstung in Etappen erkennt, zeigt sofort ein nach der deutschen Rede eingehender scheinbar schlagendes Argument, das einige andere kleinere Staaten unterstützten, was nach ausdrücklich festgelegt werden soll, daß sich jede Abrüstungsvermindering nur in Etappen vollziehen könne. Nach Begründung dieses Antrages durch den holländischen Redner, die auch einige Freundschaften, aber unverbindliche Worte für die deutschen Anregungen enthielt, unterstrich er — ebenfalls beziehungsweise — der Franzose Paul Boncour in kurzer Rede den Vorschlag der Etappen, wobei natürlich wieder das Wort Sicherheit fiel. Auch das müßte uns zu denken geben. Während die Schwedischen Tschechen und ihren Gefolgsleuten zustimmte, fanden

Holland und Schweden den Rat, Benech's unaufgeklärtes Objekt abzulehnen, da es keine sichtbare Abrüstung sichere.

Auch Radolny lehnte selbstverständlich den durchschlagenden französischen Antrag ab;

er sei ihm nicht klar und konzentriert genug. Auf dieselbe Punte stellte sich Stimson. Es bleibt aber gleichwohl die bedenkliche Tatsache bestehen, daß Deutschland durch die vorangegangene Erklärung Radolnys sich dem Grundgedanken, Etappen für die Abrüstung festzusetzen, wesentlich angenähert hat. Nun können wir es erleben, daß selbst das unbetriebsdienliche Ergebnis der Abrüstungskonferenz, als „erste Etappe“ freilassen werden würde. Darauf deutet auch eine lange Rede des Berichterstatters der Konferenz, Benech, hin, in der dauernd von einem Kompromiß die Rede war, der zwischen den 51 Staaten eben gefunden werden müsse. Man müsse auch bescheiden sein, meinte dieser führende Mann. Einen besseren Agenten kann sich Frankreich nicht wünschen!

Der holländische Antrag wurde einem Redaktionskomitee überwiesen, das heute nachmittag zusammentritt.

Die Unterredungen des Reichskanzlers

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatler

Genf, 18. April. Sonntagnachmittag eröffnete Reichskanzler Dr. Brüning in Begleitung des Staatssekretärs W. Hülo in den neuen internationalen Besprechungen durch einen Besuch bei dem amerikanischen Staatssekretär Stimson in der Villa, die der Amerikaner sich hier nahe am See gemietet hat.

Die deutsch-amerikanische Unterredung dauerte etwa eine Stunde.

Schon die Tatsache dieser schnellen und gründlichen Abstimmung der beiden in Genf neuen Staatsmänner, deren

Wirken daher mit besonderer Aufmerksamkeit betrachtet wird, hat alle Delegationen und Journalisten hier lebhaft interessiert und das Publikum über den Inhalt der Unterredung schon in Gang gebracht. Es ist aber vorläufig Gebiete im Hinblick auf die Sache unklar. Aus gewissen Anzeichen kann man indes schließen, daß die Wirtschaftsfragen — auch unter Berücksichtigung der bevorstehenden Konferenz — im Vordergrund des Meinungsaustausches standen.

Weiter ist vorgegeben, daß Dr. Brüning morgen den Briten und den Italienern seinen Außerminister sprechen wird. Außerdem ist ein Besuch des dänischen Außenministers beim Kanzler angekündigt, der handelspolitischen Fragen gilt.

Am Laufe der Woche sollen Verhandlungen der führenden Staatsmänner in gemeinschaftlichem Rahmen stattfinden, auf denen der Frieden weitergehandelt wird.

Vielleicht wird auch Tardieu Dienstag wieder in Genf sein. Leider ist man über den Termin der Ankunft Macdonalds noch ziemlich im unklaren. Heute wird hier der 20. oder 22. April genannt.

Mussolini über die Donaufrage

Paris, 18. April. Mussolini veröffentlicht in der „Agence Economique et Financiere“ einen längeren Artikel, in dem er sich eingehend mit der Frage der wirtschaftlichen Vereinigung der Donauländer befaßt. Italien sei der beste Kunde Südslawiens und führe von dort um fast 50 vom Hundert mehr Waren ein als Südslawien aus Italien beziehe. Jeder Versuch, der darauf hinausginge, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu ändern, könne sich daher nur zum Schaden Südslawiens auswirken. Auch Österreich, Ungarn, Rumänien und die Tschechoslowakei führten sehr viel mehr Waren nach Italien aus als sie von dort bezögen. Trotz dieser für Italien ungünstigen Außenhandelsbilanz, die sich jährlich in einem riesigen Fehlbetrag ausdrücke, sei die italienische Regierung bereit, an geeigneten Vorschlägen mitzuarbeiten, um den Donauländern den wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen. Als neuen Beweis für diese Haltung habe Italien bereits eine Reihe von Finanz- und Handelsabkommen geschlossen, die angeht seien, den betreffenden Staaten in ihrer wirtschaftlichen Notlage zu helfen.

Scharfe Kritik an Groeners Maßnahmen

Der merkwürdige Zeitungsartikel

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. April. Die Erörterungen über die merkwürdige Veröffentlichung, die der Groener-Ausschuss dargestellt hat, hat sich in politischen Kreisen außerordentlich verschärft, so daß heute bereits offen von einer Ministerkrise im Groener gesprochen wird. Zwar gibt das Reichsinnenministerium Erklärungen gegen die Darstellungen der Presse ab, nach denen der Groener-Ausschuss als eine schwere Brüskierung des Reichspräsidenten zu betrachten sei. Die unverfügbare Persönlichkeit indes, die alle Mitteilungen dieser Richtung kennzeichnen, verstärkt den Eindruck.

daß es zu ersten Versäumnissen zwischen Groener und dem Reichspräsidentenpalais einerseits und Groener und dem Reichswehrministerium andererseits gekommen ist.

Die Prüfung des gegen das Reichsbanner vorliegenden Materials, das von Tag zu Tag auch aus privaten Kreisen an Umfang gewinnt, soll erst in den nächsten Tagen abgeschlossen werden. Nach den Vorgängen am Sonnabend und der Festlegung Groeners gegen ein Reichsbannerverbot kann ein negativer Ausgang der Prüfung als sicher gelten. Im Mittelpunkt des innerpolitischen Interesses wird aber, wie schon heute, so auch in nächster Zeit, die Persönlichkeit des Reichsinnenministers selbst stehen.

Jugenberg spricht in Herford

Herford 1. B., 18. April. In der kleinen Westfalenstadt Herford sprach am Sonntag der deutsche nationale Führer Jugenberg vor etwa 6000 Menschen, die aus der Umgebung zusammengezogen waren. Er erklärte, wenn es nicht gelänge, in Deutschland das Räder herumzuwerfen, sehe ein Schreckensregiment bevor, gegen alles, was in Deutschland noch rechts steht. Jugenberg wiederholte seine an Brüning und Braun gerichtete Aufforderung, ihn unter Anklage zu stellen, weil er daran sei, öffentlich zu behaupten, daß die von den beiden Ministern verbreiteten Angaben über ihn unwahr seien.

Mecklenburg-Strelitz gegen das SA-Verbot

Mecklenburg-Strelitz, 18. April. Die Mecklenburg-Strelitzer Regierung, die sich auch einem internationalen Minister und einem nationalsozialistischen Staatsrat zusammenschloß, protestiert in einem Rundschreiben gegen das Verbot der SA- und SS-Formationen, das sie völlig einseitig

nimmt. Es könnte, so heißt es, aus dem Verbot ein Ordnungswidrigkeiten-Verhalten der genannten Organisationen innerhalb des Landes Mecklenburg-Strelitz geschlossen werden. Das Gegenteil sei der Fall. Ihr Auftreten gegenüber den Behörden habe keinerlei Veranlassung zu Maßnahmen gegeben. Das sei auch auf der Konferenz der Innenminister der Länder am 13. April ausdrücklich hervorgehoben worden. Trotzdem sei auf Grund eines ausdrücklichen Erfindens des Reichsinnenministers gemäß § 2 der Verbotverordnung den örtlichen Behörden die Sicherstellung der zur Zeit der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisationen oder eines ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände aufgegeben worden.

Was wird die Reichsregierung weiter tun?

Hannover, 18. April. In Uelzebund sprach in einer Massenversammlung der NSDAP der braunschweigische Minister Lagges und Reichsorganisationsleiter Straßer. Beide Redner befaßten sich eingehend mit dem SA-Verbot. Lagges erklärte dieses Verbot als einen Beweis dafür, daß die heutigen Machthaber ihrer Kraft nicht mehr trauen. Die Hoffnungen Groeners, die Partei durch dieses Verbot nachhaltig zu schwächen, sei völlig illusorisch. Wenn er als braunschweigischer Innenminister das Verbot auch in Braunschweig durchzuführen habe, so sei das nur geschehen, um dem General Groener nicht Gelegenheiten zu geben, Braunschweig zu erobern. Die NSDAP sei gespannt darauf, wie nunmehr nach dem Brief Hindenburgs die Reichsregierung gegenüber anderen politischen Organisationen vorgehen werde. Davon werde die Partei ihre gesamte Haltung in dieser Angelegenheit abhängig machen.

Mühselige Gasmolke - Acht Erkrankungen

Hamburg, 18. April. Auf dem bei den Landungsbrücken in Hamburg liegenden Dampfer „Courier“ der Harburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft wurden Sonntagmorgen sieben Personen der Besatzung und ein Passagier durch Einatmen von Gas unwohl. Die Erkrankung, die eine lähmende Wirkung auf die Atmungsorgane hatte und eine zeitweilige und starke Kopfschmerzen verursachte, nahm seinen ersten Charakter an. Die Ursache war eine starke Gaswolke, die bei nördlichem Winde aus Richtung Hamburg-Wilhelmsburg kam und ihren Niederschlag auf dem Dampfer fand. Sämtliche Metallteile auf dem Dampfer, besonders die Messing- und Kupferteile, waren mit einer weißen Schicht überzogen. Obwohl sofort leitend der Harburger und der Hamburger Polizei Ermittlungen angestellt wurden, konnte die Herkunft der Gaswolke nicht festgestellt werden.